

## 5 Das Dilemma der Welt-Finanzmächte USA und England

Sie wehren sich „mit Händen und Füßen“ gegen die Abwertung ihrer Währung. Warum?

Teil 5 des Zyklus: „Motive, Hintergründe und Folgen der Zinswende in den USA“.

Von Hermann Patzak

Eigentlich ist die Abwertung einer Währung die angemessene Reaktion des Marktes auf Importüberschüsse einer Volkswirtschaft: Wenn nämlich der Wert einer Währung sinkt, werden die Exporte (für das Ausland) billiger und steigen, und die Importe werden (für die Inländer) teurer und sinken. Beide Entwicklungen führen dazu, daß sich die Handelsbilanz automatisch ausgleicht. Dadurch kann die Inlandswirtschaft mehr exportieren und auch für die Inländer mehr produzieren, weil weniger importiert wird. Dieser Anstieg der Produktion hat zur Folge, daß die Beschäftigung und das Volkseinkommen steigen und die Arbeitslosigkeit sinken wird. Der freie Wettbewerb und Marktmechanismus, dem die Dogmatiker des Globalkapitalismus stets das Wort reden, würde die Probleme lösen, die sowohl die amerikanische als auch die englische Volkswirtschaft seit Jahrzehnten vor sich herschieben. Warum also lassen sie den Marktmechanismus nicht einfach gewähren? Die politischen Eliten beider Länder haben Motive, über die uns die freiheitlichen Medien der Westlichen Wertegemeinschaft nicht informieren. Es wird Zeit, dieses Tabu zu brechen:

Die USA sind (heute noch) die führende Wirtschaftsnation der Welt. Aus dieser Rolle hatten sie England um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verdrängt. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bröckelt aber nun auch die Wirtschaftsmacht der USA immer mehr. Sie hatten ihren Kulminations- und Wendepunkt in der Zeit des Vietnamkrieges erreicht. Es war der erste Krieg, den sie nicht gewannen. Er hat sie so viel gekostet, daß seine Finanzierung zu einem inflationären Anstieg der Dollarmenge führte, obwohl ein erheblicher Teil des Inflationsgeldes in den weltweiten Handels- und Finanzgeschäften versickert, die bekanntlich in erster Linie mit US-Dollars abgewickelt werden. Jedenfalls sahen sich die USA genötigt, die bis dahin geltende Golddeckung (35 US-Dollar = 1 Feinunze Gold) aufzugeben. Den letzten Anstoß dazu gab Frankreichs Präsident Charles de Gaulle, als er im Sommer 1966 begann, die Vorräte seines Landes an US-Dollar in Gold einzutauschen. Damit war nicht nur das Ende des Bretton-Woods Währungssystems besiegelt (feste Wechselkurse), sondern auch der stetige Wertverfall des US-Dollar eingeleitet.

Die USA und England hatten da bereits begonnen, den Schwerpunkt ihrer Wirtschaftskraft von der Industrieproduktion auf den Finanzsektor zu verlagern: Während die Industrieproduktion Englands 1970 noch 30 Prozent des BIP ausmachte, sank sie bis zum Jahr 2011<sup>28</sup> auf rund 10 Prozent. Allein von 1997 bis 2012 gingen 1,7 Mio. Industriearbeitsplätze verloren. Statt dessen wuchs der Dienstleistungssektor, vor allem die Finanzdienstleistungen. Sie erbrachten im Jahr 2007 ca. 30 Prozent aller Steuereinnahmen<sup>29</sup>. In den USA halbierte sich die Industrieproduktion von 32 Prozent im Jahr 1960 auf 16 Prozent im Jahr 2011<sup>30</sup>. In dem Maß, wie der Industriesektor abgebaut wurde, erhöhte sich aber der Anteil des Finanzsektors am Volkseinkommen. Die Kapitaleigentümer beider Länder erzielen also ihre Gewinneinkommen in zunehmendem Maße aus Finanzgeschäften. Die aber erhalten sie nicht nur aus dem Besitz inländischen Produktivvermögens

---

<sup>28</sup> Zahlen aus F.A.Z., 22.10.2012, Seite 11

<sup>29</sup> FAZ, 22.03.2010, Seite 11.

<sup>30</sup> Zahlen aus Amco-Datenbank Eurostat, nach F.A.Z. vom 15.07.2013 Seite 18

(Unternehmen und Aktien), sie sind im Laufe der Zeit immer mehr dazu übergegangen, Unternehmen im Ausland aufzukaufen. Natürlich kauft man da nur die rentabelsten Unternehmen und nicht die Konkursobjekte, wie Daimler-Benz vor Jahren den Kfz-Produzenten Chrysler oder wie BMW die Austin-Mini Werke in England. Und der Aufkauf ausländischer Unternehmen wird um so billiger, je höher der Wert der eigenen Währung ist und je niedriger der Währungswert jener Länder und Volkswirtschaften ist, deren Unternehmen man begehrt. Mit diesem Geschäftsmodell hatten die Kapitalisten beider Länder bereits in den Zeiten begonnen, als beide Volkswirtschaften „noch in voller Blüte“ standen, die Handelsbilanzen Exportüberschüsse auswiesen und deshalb auch die Kaufkraft ihrer Währungen im Ausland hoch war. Ihre Devise war ganz einfach: „wozu im eigenen Land produzieren, wenn die Renditen ausländischer Unternehmen größer sind“, die man noch zumal wegen des hohen Wertes der eigenen Währung so billig aufkaufen kann.

Das Geschäftsmodell hat aber einen „Pferdefuß“: Die Erhöhung der Kapitaleinkommen geschieht zu Lasten der Bevölkerungsschicht, die ihr Einkommen mit Lohn und Gehalt verdient. Wenn man nämlich im Ausland höhere Renditen erzielt, weil dort billiger produziert werden kann, wird das eigene Land diese Produkte auch von dort importieren, weshalb die Inlandsproduktion und damit die Beschäftigung sinken (die Arbeitslosigkeit steigen) werden. Gleichzeitig werden auch die Exporte sinken, weil sie wegen des (zu hohen Währungswertes) zu teuer sind. Diese Entwicklung hatte sich sowohl in England als auch in den USA kontinuierlich angebahnt und zu der allseits bekannten und beklagten Verschiebung der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und Kleinverdiener geführt. Während aber bei den Euro Ländern, die wegen des für ihre Verhältnisse hohen Euro-Wertes weniger exportieren konnten, die Ursache – der hohe Euro-Wert – benannt und beklagt wurde, ist das im Falle des US-Dollar oder des englischen Pfunds noch nie geschehen.

Doch gerade sie könnten (im Gegensatz zu den Euro-Ländern) durch Abwertung ihre chronisch gewordene Wirtschaftsschwäche überwinden. Man müßte nur dem Marktmechanismus freien Lauf und die Abwertung zulassen. Aber das war nie ein Thema für die politischen Eliten beider Länder. Für sie hat ein möglichst hoher Wert ihrer Währung erste Priorität. Als die USA nach 2007 zur Krisenüberwindung die Zinsen senken und die Staatsschulden erhöhen mußten, was zwangsweise eine Abwertung zur Folge hatte, drängten sie mit Nachdruck die anderen bedeutenden Volkswirtschaften ebenfalls zu dieser Vorgehensweise. Die eigene Abwertung wäre dadurch kompensiert – gleichsam ungeschehen gemacht worden. Das sagten sie so allerdings nicht, sie gaben vor, daß die Volkswirtschaften dies im eigenen Interesse machen sollten und um die Weltwirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Diesem Verlangen konnten die Euro Länder aber nicht ohne weiteres nachkommen, weil sie sich das in einer Art von Selbstknebelung mit den Maastricht-Kriterien selbst verboten hatten. Sie taten sogar das Gegenteil: Um den Euro zu retten, gingen sie mit Sparmaßnahmen und Reformen gegen die Krise vor, sehr zum Ärger der USA, mußte doch dadurch der Wert des Euro im Vergleich zum US-Dollar ansteigen, natürlich auch im Vergleich zum englischen Pfund.

Ein wesentliches Motiv der angloamerikanischen Finanz- und Polit- Eliten, den Wert ihrer Währungen möglichst nicht sinken zu lassen, haben wir bereits genannt. Sie haben den Schwerpunkt ihrer Wirtschaftsaktivitäten auf Finanzgeschäfte gelegt. Doch es sind noch weitere Aspekte zu beachten. Der Finanzsektor ist im Zeitalter des Globalkapitalismus von größter Wichtigkeit. Wer heute weltweit die hohen Renditen aus Finanzgeschäften einstreichen will, braucht dazu eine starke Währung! Es dürfte jedermann einleuchten, daß mit Schwachwährungen, wie es die italienische Lira, der französische Franc oder die spanischen Peseten z.B. einmal waren, auf den Weltfinanzmärkten keine

großen Sprünge zu machen sind. Bei der DM war das anders, weshalb sie auch verschwinden mußte. Wer das Schwergewicht seines Geschäftsmodells von der Industrieproduktion auf den Finanzsektor verlegt, wie es die USA und England getan haben, der braucht eine starke Währung und muß sich deshalb mit allen Mitteln gegen eine Abwertung seiner Währung zur Wehr setzen. Die Finanzinteressen stehen in engem Zusammenhang mit der politischen Anmaßung der USA, sich als Weltmacht weltweit zu engagieren und in die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anderer Länder eingreifen zu wollen, wenn immer sie das für nötig halten. Das hatten alle Weltmächte der Geschichte so gehalten, aber das ist teuer, wie auch alle vorangegangenen Weltmächte erfahren mußten. So auch die Engländer, deren ehemaliges Empire sie immer noch anhält, gelegentlich in die Geschehnisse rund um den Erdball mit einzugreifen. Diese Kosten ihres weltweiten Engagements lassen sich mit einem hohen Währungswert minimieren, schließlich bekommt man für sein Geld im Ausland mehr, solange sein Wert hoch ist.

Nach diesem kleinen Exkurs in die Motive von Staaten mit Weltmachtanspruch, für ihr Geld auch viel zu bekommen, wird man auch die jüngste Zinserhöhung der US Notenbank in einem anderen Licht sehen müssen, als uns die Medien glauben machen wollen. Sie wurde damit begründet, daß die Wirtschaftskrise in den USA überwunden sei. Doch die gesunkenen Arbeitslosenzahlen waren geschönt, die miserable Beschäftigungsquote ausgeblendet, wie wir eingangs vermerkt haben<sup>31</sup>. Die Tatsache, daß die Handelsbilanzdefizite dadurch erneut ansteigen müssen, wurde in den Medien ganz unterschlagen. Die zwangsläufige Folge der Zinserhöhung und der Drosselung der Geldmengenerhöhung wird sein, daß sich die Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen und vor allem das Handelsbilanzdefizit der USA wieder verschlechtern werden. Den Polit- und Finanzeliten der USA ist ein möglichst hoher Wert des US-Dollar wichtiger als das Wohlergehen der Bevölkerung. Interessant ist dabei, daß die Leitmedien als vorgebliches Kontrollorgan einer freiheitlichen Demokratie keinen Anstoß daran nehmen. Weder in den USA noch in irgendeinem anderen Land der Westlichen Wertegemeinschaft.

[www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

10.06.2016

Erfahren Sie in der nächsten Folge dieses Zyklus, welche Mittel die US-Diplomatie eingesetzt hat, um den Wert des US-Dollar zu stützen.

---

<sup>31</sup> Vgl. hierzu Beschäftigungsquote und Handelsbilanz auf Seite 2 und 3 oben.